

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. mit der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt den Austausch zu suchen und diese darauf hinzuweisen, dass sie im Rahmen des Schiedsverfahrens hinsichtlich der neuen GEMA-Tarifstruktur die berechtigten Interessen aller Beteiligten, also beispielsweise auch der Berliner Clubszene, ausreichend gewichten möge.

2. die GEMA aufzufordern in Hinblick auf die Ausgestaltung ihres Tarifsystems

- a) die wirtschaftliche Betätigung von Musikveranstaltern und Clubbetreibern nicht in der Weise zu beeinträchtigen, dass eine wirtschaftliche Betätigung nicht oder kaum noch möglich ist.
- b) die finanziellen Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige und Vereine zu verbessern, indem u. a. Rabattsysteme sowie eventuelle Freistellungsregelungen bei Veranstaltungen für gemeinnützige Zwecke etabliert werden.
- c) insgesamt transparente und gerechte Tarif-Regelungen für alle GEMA-Vertragspartner zu finden.

Begründung:

Durch das neue Tarifsysteem der GEMA werden Organisatoren von Musikveranstaltungen vor große wirtschaftliche Probleme gestellt. Die Veränderungen am Tarifsysteem erschweren die wirtschaftliche Betätigung erheblich, zahlreiche Arbeitsplätze könnten gefährdet werden. Die Kulturlandschaft auch in Berlin könnte durch die Pläne des Rechteevertwerfers GEMA vor existenzielle Probleme gestellt werden.

Berlin mit seinem hervorragenden kulturellen Angebot und der noch hohen Berliner Clubvielfalt ist angewiesen auf ein ausgewogenes GEMA-Tarifsysteem, was ebenso die berechtigten Interessen der Kulturschaffenden wie eben auch der Clubs berücksichtigen muss. Anderenfalls ist mit erheblichen Problemen auch für den Berliner Tourismus zu rechnen.

Das bei der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt anhängige Schiedsverfahren muss im Ergebnis zu substantziellen Veränderungen der Tarifstruktur führen.

Dem Antragsteller ist bewusst, dass die GEMA ihrem Vereinszweck nach die Interessen der Kulturschaffenden vertreten muss. Gleichwohl darf dies nicht dazu führen, dass Musikveranstalter bzw. Clubbetreiber in ihrer Existenz bedroht werden. Beim neuen Tarifsysteem sollten insbesondere auch die Interessen der ehrenamtlich Tätigen und der Vereine stärkere Berücksichtigung finden. Hier ist ein sinnvoller Interessenausgleich zwingend notwendig.

Berlin, 14. Juni 2012

Saleh Zimmermann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Goiny
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Pop Gelbhaar
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Wolf Dr. Hiller
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Die Linke

Baum Weiß
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion